



Staatsgeheimnisse ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Geheimdienste dürfen kein Staat im Staat sein

Eine Regierung, die Geheimdienste einsetzt, muss damit rechnen, dass diese Geheimdienste geheimdienstliche Tätigkeiten entfalten. Was auch sonst? Insofern wirkt die am Wochenende von Wien nach Berlin geschwappede Aufregung

### GLOSSE

Andreas Koller

über die Machenschaften der deutschen Staatsspione ein wenig naiv. Also weg mit den Geheimdiensten? Nein. Da es in einer zunehmend durch Terroraktivitäten jedweder Art geprägten Welt nicht ganz ohne Geheimdienste gehen wird, sind

aber Lehren aus dem jüngsten Fall zu ziehen: Es darf nicht sein, dass sich Geheimdienste – gleichsam als Staat im Staat – der demokratischen und verfassungsrechtlichen Kontrolle entziehen. Es darf nicht sein, dass Kanzler und Kanzlerin im Unklaren darüber gelassen werden, was ihre pragmatisierten Agenten da so treiben. Das Primat der Politik muss in jedem Fall gewährleistet sein, wobei als Klarstellung für Herrn Kickl hinzuzufügen ist: Damit ist nicht das Primat der Parteipolitik gemeint. Umfärbeaktionen im Exekutivapparat sind nicht das Mittel der Wahl gegen geheimdienstliche Extraterritorien jenseits von Rechtsstaat und Verfassung.

# „Wie naiv dürfen unsere Politiker eigentlich sein?“

Geheimdienst-Experte Siegfried Beer wundert sich über die von Kurz und Van der Bellen gezeigte Empörung über die Spitzeltätigkeit des BND und fordert ein Umdenken.

HELMUT SCHLIESSELBERGER

WIEN. Der Grazer Historiker und Geheimdienstexperte Siegfried Beer wundert sich über die „Empörung“, die Kanzler und Bundespräsident wegen der bekannt gewordenen Spionageaktionen des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Österreich zeigen. „Wie naiv dürfen unsere Politiker sein – nach der Geschichte mit Snowden, nach der wissenschaftlichen Aufbereitung über die Arbeit der NSA?“, fragt Beer im SN-Gespräch. „Das ist jetzt eine Empörung, die lächerlich ist. Wissen unser Bundespräsident und der Bundeskanzler nicht, was Geheim- und Nachrichtendienste tun? Die tun das, wozu sie von ihren Regierungen angeleitet werden.“ Auch wenn die aufgefliegenen Aktionen zehn/zwölf Jahre her seien, „es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass es aufgehört hat, dazu existieren diese Dienste und dafür kriegen sie ihre Ausführungsbefehle“. In Deutschland gehe die Auftragserteilung bis hinauf ins Bundeskanzleramt.

Die Staats- und Regierungsspitze in Österreich habe nichts mit der Arbeit der eigenen Dienste zu tun – alles laufe hierzulande über Innen- und Verteidigungsministerium. Beer kritisiert diese Aufgabenverteilung. „Sicherheit muss Chefsache werden – das kann nicht von Ministern,

die kommen und gehen, und parteipolitische Eingriffe machen, abhängen.“

Was soll die Regierung jetzt tun? „Sie soll zur Kenntnis nehmen, das Nachrichten- und Geheimdienste machen, was sie machen, und sich dagegen wehren.“ Die Snowden-Affäre um globale Überwachung und Spionage habe trotz aller eingesetzter Kommissionen nur marginale Veränderungen gebracht, weil der-



BILD: SW/UMI/GRABZ

„Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass es aufgehört hat.“

Siegfried Beer, Historiker

artige Abhör- und Spionageaktionen einfach die Aufgabenstellung für diese Dienste seien, erklärt der Wissenschaftler.

Für den Laien sei es vielleicht geradezu „pervers“, dass es sich um Angriffe von Diensten handle, die zusammenarbeiten und einander brauchen – und trotzdem sei es üblich, einander zu observieren. „Es darf uns nicht überraschen, dass es passiert, und es ist auch ziemlich klar, dass es nur zu einem geringen Anteil Österreich ist, das den BND interessiert. Da geht es auch um andere Dinge, bei denen wir halt mitspielen, weil wir bei der EU sind“, sagt Beer. Es brauche auch nieman-

den zu wundern, wenn der BND wissen wolle, was Kurz und frühere Kanzler in der Flüchtlingspolitik vorhätten.

Wien hat bekanntlich jahrzehntlang als globaler Umschlagplatz für Geheimagenten gegolten. Und „Österreich ist immer noch ein Tätigkeitsfeld, in dem man relativ unbeschwert und unbehindert agieren kann, ganz egal, was einen interessiert“.

Der BND sei ein Geheimdienst, in Österreich hätten wir gar keinen richtigen Geheimdienst – „Wir haben auch nicht die Kapazitäten dafür. Wir sind auch nicht wichtig genug“, sagt Beer. Große und wichtige Staaten verteidigen sich über ihre Geheimdienste auch besser, „die kleinen kommen gar nicht zurecht mit dem Verteidigen“. Das BVT habe zudem einfach nicht die Kapazitäten. Man dürfe sich auch nicht wundern, wenn man wisse, wie schlecht das BVT aufgestellt sei.

Auch die Opposition von den Neos bis zur Liste Pilz versuche derzeit, nur politisches Kleingeld zu wechseln, anstatt zu erkennen, dass es wichtig wäre, in Österreich die Dienste so auszustatten, dass sie sich und dieses Land gegen Cyberangriffe und Ähnliches verteidigen könnten. „Es bedarf Investitionen, besseren Personals, und es bedarf gezielter Ausbildung.“ – Schon deshalb, weil Experte Beer überzeugt ist, „dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Intelligence wird, so wie das 20. jenes der Nuklearwaffen gewesen ist“.

## Österreich fordert nach Berichten über Spionageaktionen des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) „volle Aufklärung“ von Deutschland.

### Empörung über Bespitzelung

„Ein Ausspionieren unter befreundeten Staaten ist nicht nur unüblich und unerwünscht, es ist auch nicht akzeptabel“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Samstag bei einem gemeinsamen Presseauftritt mit Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Kurz hatte zuvor mit Innenminister Herbert Kickl (FPÖ), den Chefs der österreichischen Nachrichtendienste, darunter BVT-Direktor Gridling, sowie Spitzenbeamten des Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Justizministeriums im Bundeskanzleramt über die Spionagecausa beraten. Die Sitzung war aufgrund von Medienberichten anberaumt worden, laut denen der BND in den Jahren von 1999 bis 2006 insgesamt 2000 Telefon-, Fax- und Mobilanschlüsse in Ös-

terreich ausspioniert habe, neben Behörden seien auch Unternehmen, NGOs und internationale Organisationen Ziele der Bespitzelungsaktionen gewesen.

### Vertrauen infrage gestellt

Bundeskanzler Kurz sagte, das Ausmaß sei „ein gewaltiges“. Zwar lägen die Vorfälle schon ein Jahrzehnt zurück, aber „schon vor zehn Jahren war es nicht richtig, Partner auszuspionieren“. Van der Bellen sagte, dass solche Aktionen „auf Dauer das Vertrauen zwischen den Staaten infrage stellen“ würden. Daher müsse Deutschland nun „Klarheit“ herstellen und aufklären, ob und in welchem Ausmaß die Spionageaktionen stattgefunden hätten. Zudem fordere Österreich, dass sie eingestellt werden, „falls sie am Laufen sein sollten, was wir nicht annehmen“.

### Schon im Jahr 2014 Verdachtsmomente

Kurz berichtete, dass es in dieser Causa schon im Jahr 2014 „erste Verdachtsmomente“ gegeben habe. Die daraufhin von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungen „konnten nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil Deutschland eine Kooperation damals verweigert hat“, sagte der Kanzler.

### Deutscher Bundestag will prüfen.

In Deutschland trat unterdessen bereits der Bundestag auf den Plan. Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste (PKG) will „prüfen, ob die Vorwürfe neu sind oder ob sie Teil der schon 2015 bekannt gewordenen Vorwürfe sind“. Bis Ende der Woche soll es erste Erkenntnisse geben. Möglich sei eine Sondersitzung des Gremiums in der übernächsten Woche.